

186/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 09.07.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Broukal
und GenossInnen
betreffend Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium

Die Einführung der Studiengebühren führte zu vermehrter Erwerbstätigkeit bei den StudentInnen, gut zwei Drittel sind bereits während der Vorlesungszeit berufstätig, geht aus den Ergebnissen des aktuellen Berichts der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur sozialen Lage der Studierenden hervor.

Knapp die Hälfte der Studierenden verspürt aufgrund der Studiengebühren einen höheren Finanz- und Zeitdruck, ein Drittel gibt an, die Erwerbstätigkeit ausgeweitet zu haben. Die Erwerbstätigkeit ist zugleich der häufigste Grund, um das Studium abzubrechen. Die Studierenden geben auch an, dass keine Verbesserungen im Studienalltag zu bemerken sind bzw. sich die Studiensituation sogar verschlechtert hat.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium bis Juni 2004 vorzulegen:

- Ein eigenes, für Berufstätige konzipiertes Studienangebot an Universitäten in Studienrichtungen mit hohem erwerbstätigen Anteil sowie mehr Abend- und Blockveranstaltungen.
- Verstärkter Einsatz neuer Kommunikationstechnologien, z.B. Lernmaterialien im Internet sowie Evaluation dieser Maßnahmen.
- Bevorzugte Mittelzuteilung für ein vermehrtes Angebot an Fachhochschulstudiengängen für Berufstätige.
- Transferleistungen und sonstige Förderungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Studium, insbesondere für einkommensschwache Studierende."

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung